



Jörg Knieling (Hrsg.)
Wege zur großen Transformation
Herausforderungen für eine nachhaltige
Stadt- und Regionalentwicklung
ISBN 978-3-96006-026-0
240 Seiten, 14,8 x 21 cm, 24,95 Euro
oekom verlag, München 2017
©oekom verlag 2017
www.oekom.de

Ulf Hahne

Die Region in der Postwachstumsdebatte

Die Welt befindet sich inmitten eines vielfältigen und grundlegenden Wandlungsprozesses, der mit den Themen Klimawandel, Peak Oil und Grenzen der Ressourcenextraktion sowie Demografie, Migration und Gerechtigkeit angedeutet sei. Ein Gegenbild zur zukunftszehenden expansiven Moderne mit ihren nicht nachhaltigen Praktiken entwirft die Postwachstumsökonomie, indem sie auf eine klimaneutrale und Senken schonende Wirtschaftsweise mit starker Reduktion des globalen Ressourcen- und Stoffstromaustausches setzt. Damit rückt die Region in den Mittelpunkt dieses Lösungsansatzes und es gilt, aus Sicht von Regionalökonomie und Raumplanung auf die Vorstellungen einer Postwachstumsgesellschaft einzugehen.

Ansatzpunkt regionale Transformation

Die Vorstellungen einer »großen Transformation« mittels der Umsetzung globaler Klima- und Handelsvereinbarungen (WBGU 2011) und der Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Akteure (WBGU 2014) haben eine breite Resonanz gefunden, aber auch erhebliche Kritik wegen der problematischen Umsetzbarkeit von Vertragslösungen (Kersten 2014), der systematischen Überschätzung grüner Technologien angesichts von Rebound- und Extraktionseffekten (zu unterschiedlicher Provenienz vgl. z. B. Miegel 2010 oder Jackson 2011) und der Überbetonung des Lösungspotenzials der Zivilgesellschaft (Bauriedl 2015) erfahren. Eine andere Kritikrichtung entstammt der Postwachstumsdebatte, welche der »großen« Transformation eine weitergehende Systemkritik entgegensetzt und kleinskalige Transformationsansätze vorschlägt, die durch Suffizienz, Subsistenz

und die Regionalwirtschaft als ergänzendes Versorgungssystem gekennzeichnet sind (Paech 2005, Paech 2012).

Einige der im Folgenden behandelten Ansatzpunkte wurden bereits in den 1980er-Jahren unter den Stichworten der endogenen und eigenständiger Regionalentwicklung diskutiert und anschließend verschiedentlich erprobt. Heute erfahren sie nicht nur in der Postwachstumsökonomik eine Wiederentdeckung, sondern auch in den zahlreichen Praktiken lokaler und regionaler Initiativen, welche schon jetzt bestehende Spielräume zur Gestaltung einer postfossilen Gesellschaft nutzen und auf die Vielfalt dezentraler Lösungen setzen. Sie führen dazu ein wichtiges Argument auf: Ist die Richtung der expansiven Moderne eine Ausdehnung der weltweiten Arbeitsteilung mit zunehmendem Fremdbezug, wachsendem Handelsvolumen und weltweiten Transport- und Datenströmen, so setzt die Sozialökologie einer reduktiven Moderne auf ein Überdenken dieser Relationen und eine Besinnung auf kleinräumigere Austauschprozesse. Reduktiv meint damit sowohl die Verminderung des Ressourcenverbrauchs als auch die räumliche Dimension ökonomischer Transaktionen.

Transformationen von Stadt und Land beinhalten zugleich neue Vorstellungen eines »guten Lebens«. Bewohnerinnen und Bewohner nutzen und weiten Handlungsräume zur stärkeren Selbstgestaltung der eigenen Lebensbedingungen. Hierfür wird der hohe Anteil der Lebenszeit, der bisher zur Einkommenserzielung verwendet wurde, um im Konsum- und Prestigewettlauf mitzuhalten, reduziert zugunsten anderer Ziele, wie mehr Zeit für Familie, für Gemeinschaft, soziale oder kreative Tätigkeiten. Damit verschiebt sich die Relation zwischen Erwerbsarbeit und Eigenarbeit, sodass neue Quellen des Wohlstands gestärkt werden. Bürgerschaftliches Engagement, in vielen Bereichen Basis und Kitt einer Gesellschaft, könnte so in ganz anderem Umfang zu einem Motor gesellschaftlicher Entwicklung werden. Um die eigenen Fähigkeiten entfalten zu können, ist auch für eine Postwachstumsgesellschaft zu diskutieren, welche notwendigen infrastrukturellen Grundgüter in dieser Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden – und in welcher räumlichen Verteilung und Dichte. Daher sind auch räumliche Aspekte von Gerechtigkeit, Fairness und Teilhabe zu diskutieren.

Hauptansatzpunkt der Regionalisierung ist eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Eigen- und Fremdversorgung (Hahne 2000). Eine Kultur der Fremdversorgung erhält ständig von außen kommende Impulse, die zur Ausdehnung des Konsums anregen und damit die Wachstumsspirale weiter anheizen; eine

Kultur der Eigenversorgung basiert dagegen auf Erhöhung der lokalen und regionalen Autonomie. Dies führt zu den Fragen, was eine Region benötigt (Veränderung des Konsums), welche Produkte und Leistungen in der Region selbst hergestellt werden können und wie dies am besten zu bewerkstelligen ist. Die wichtigsten Punkte einer stärkeren regionalen Eigenständigkeit umfassen:

- ◆ Suffizienz,
- ◆ Subsistenz,
- ◆ Regionale Energieversorgung,
- ◆ Regionale Produktionsketten,
- ◆ Regionalwährungen,
- ◆ Dezentrales Raummodell.

Suffizienz: Entrümpelung des Lebensstils

Kernpunkt der Postwachstumsdebatte ist die Frage der Suffizienz, die Reduktion von Ressourcenverbrauch und ein Überdenken des Konsums. Gefordert werden die Befreiung vom »stahlharten Gehäuse des Konsumismus« (Jackson 2011), die Entrümpelung des Konsums (Sachs 1993) und die Entwicklung eines maßvollen Lebensstils (Schumacher 1973, Illich 1975, Binswanger 2009). Diese Forderung zielt auf die individuelle Handlungsebene, sie hat eine geografische Komponente (Sachs 2015) und setzt vor Ort an. Wie können Bedarfe reduziert und Suffizienzbarrieren (Stengel 2011) überwinden werden? Kulturosoziologisch und ökonomisch werden allen Verzichtsappellen maximal kurzfristig Erfolgchancen eingeräumt (es sei denn, sie werden durch Mangelwirtschaft und Krise erzwungen). Die Kultur des »Weniger« benötigt daher ein positiv motivierendes »Transformationsdesign als Einübung des Weglassens« (Sommer & Welzer 2014).

Neben die notwendige gesellschaftlich-kulturelle Diskussion um Bedarfe und Konsumstile treten daher motivierende praktische Ansätze im Bereich der Nutzungsintensivierung von Produkten und Lebensverlängerung ihrer Nutzungsdauer. Nutzungsintensivierung findet sich in den Ansätzen des Gemeinschaftsnutzens und Teilens (Sharing-Ökonomie: Nutzen statt Besitzen; Leismann 2012) sowie der Gemeinwohlökonomie (Ostrom 2009, Helfrich 2012, auch: Felber 2014). Nutzungsdauerverlängerung erfordert reparaturfreundliche Techniken sowie die Fertigkeiten des Reparierens bei den Nutzerinnen und Nutzern. Beispiele bie-

ten hier die aufblühenden Repair-Cafés und Arenen der Zusammenarbeit (Co-working spaces) ebenso wie Recycling- und Upcyclinghöfe.

Unterstützt werden kann eine Abkehr von der Wegwerfmentalität auch durch staatliche Rahmensetzungen, welche Nachhaltigkeitsroutinen unterstützen (Kopatz 2016). So hat das Finanzministerium in Schweden eine Strategie für nachhaltigen Konsum erarbeitet (Ministry of Finance 2016), die versucht, nachhaltigeres Konsumverhalten anzustoßen. Eine ihrer Maßnahmen ist das Vorhaben, die Mehrwertsteuer auf Reparaturen von Fahrrädern, Kleidung oder Schuhen um die Hälfte zu senken. So kann die Nutzungsdauer von Gütern verlängert und neue Produktion, Handel und Konsum von Alltagsgütern vermieden werden. Zugleich eröffnet Suffizienz neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Eine derartige Postwachstumsgesellschaft erzeugt ihre eigenen Wachstumsbereiche, die zugleich ressourcensparend wirken. – Nicht nur an diesem Bereich der Diskussion zeigt sich, dass der im deutschsprachigen Raum gebräuchliche Begriff des »Postwachstums« zum Missverständnis einer generell nicht wachsenden Ökonomie führt. In der suffizienten Zukunftsgesellschaft gibt es viele Schrumpfungsbereiche um die Ziele von Dekarbonisierung und Ressourcenleichtigkeit zu erreichen, aber es wird sehr viele andere Bereiche geben, in denen Wachstum und neues Unternehmertum dringend nötig sind, vom grünen Wachstum über wissenschaftliche Forschung bis zu hin zu Dienstleistungen für eine bessere Lebensqualität.

Subsistenz und Prosumption

Große Bedeutung bei der Reduktion der Fremdversorgung kommt den Möglichkeiten der Selbstversorgung zu. Bei Subsistenz geht es um die selbstständige und eigenverantwortliche Versorgung mit marktfreien Gütern (Dahm & Scherhorn 2008). Die Möglichkeiten der Eigenversorgung liegen vor allem in den Feldern der Lebensmittel- und der Energieversorgung. Dabei wird das selbst Produzierte auch selbst konsumiert, Produzentin/Produzent und Konsumentin/Konsument sind dieselben Personen (»Prosumenten«). Hier setzen Initiativen wie Urban Gardening (Müller & Paech 2012), Selbsterntegärten (Maurer & Spitthöver 2013) oder Transition Towns (Hopkins 2008, Maschkowski & Wanner 2014) an, die meist über die individuelle Eigenversorgung hinausgehen (Gemeinschaftsgärten,

Energiegenossenschaften). So wichtig die Möglichkeiten sind, seine Hände und manuellen wie handwerklichen Fertigkeiten wiederzuentdecken und sich an den Ergebnissen zu erfreuen, so schwierig ist die Beantwortung der Fragen nach Versorgungsgrad und Effizienz der Produktionsweise. In den meisten Städten fehlt schlicht die Fläche für eine vollständige Selbstversorgung. Ländliche Räume weisen hier Vorteile auf, weil die Grundstücke meist größer geschnitten sind und Möglichkeiten zur Eigenerzeugung sowie zur Lagerung bieten. Daher erfordert Subsistenz auf regionaler Ebene Kooperationen und Stadt-Land-Vernetzungen, wie sie zum Beispiel in Form von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, in Bauern-, Landfrauen- und Landmärkten bis hin zu Kooperativen mit neuer Finanzform (z. B. Regionalwert AG) zu finden sind.

Regionalisierung der Energieversorgung

Eine wichtige Grundlage jeglicher wirtschaftlicher Entwicklung ist preisgünstige Energie. Die Entwicklung dezentraler Techniken zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen hat der regionalen Ebene eine wichtige Basis zur Eigenversorgung verschafft. Die Bewegung der »100 % Erneuerbare-Energie-Regionen« (Droege 2008) hat in Deutschland weite Verbreitung erzielt (Buschmann et al. 2014). Allerdings streben viele Regionen über dieses Ziel hinaus und werden selbst wieder zu Energieexportregionen. Das ist im Zuge der Solidarität mit naturräumlich oder von der Flächenverfügbarkeit weniger begünstigten Räumen sinnvoll, führt aber leicht wieder in die Wachstumsspirale expansiven Energieverbrauchs und seiner Folgewirkungen in Produktion und Konsum.

Ein weiterer Aspekt der regionalen Energieversorgung ist die Veränderung des Kapitalflusses: Während bislang Finanzkapital erforderlich war, um Energielieferungen zu empfangen (z. B. aus öl- und gasreichen Staaten), so ermöglicht die Versorgung mit dezentralen, erneuerbaren Energien aus der Region den Verbleib des Kapitals in der Region. Dies reicht von der individuellen Beteiligung an der Energieerzeugung bis zum Zusammenschluss in Bürgerenergiegenossenschaften. Wenn auch Wartung oder gar Produktion der Erzeugungsanlagen in Teilen von Produzentinnen und Produzenten sowie Dienstleisterinnen und Dienstleistern vor Ort erbracht werden können, bleiben weitere Wertschöpfungsbestandteile in der Region.

Weitere Ansatzpunkte stärkerer regionaler Eigenversorgung

Die Stärkung regionaler Eigenversorgung kann in einer Postwachstumsökonomie nicht bei den Bedarfsfeldern Nahrung und Energie stehenbleiben. Lokale Ökonomien benötigen auch in anderen Feldern regional anwendbare Technologien. Lagen die weiteren Themenfelder und Beispiele zunächst noch sehr nah an einfachen Technologien – ob bei Textilproduktion, Möbeln, Handwerksprodukten oder Hausbau –, so hat die Entwicklung von flexiblen und kleineren Fertigungsmaschinen samt deren digitaler Steuerung neue Möglichkeiten der Dezentralisierung eröffnet. In offenen Produktionsgemeinschaften und Entwicklungswerkstätten können damit auch höherwertige Technologien (»offene Hardware«) angeboten und durch fachkundige Anleitung an Nutzerinnen und Nutzer weitergegeben werden (Baier et al. 2016). Derartige »FabLabs« entstehen derzeit in vielen mittleren und größeren Städten, »Maker«-Kulturen selbst finden sich ubiquitär auch in ländlichen Bereichen; angemerkt sei, dass manche der jüngeren Innovationen wie dezentrale Energietechniken von Pionieren in ländlichen Räumen ausgingen.

Ein Großteil von Produkten besteht bereits, wird aber wenig genutzt. Hier kann die Nutzungsintensität steigen durch die Weitergabe etwa via Tauschbörsen und Nachbarschaftsläden, die Nutzungsdauer kann durch den Austausch von Reparaturkenntnissen und Leistungen – etwa in Repair-Cafés – gesteigert werden. Eine weitere Strategie, die regionale Eigenversorgung zu vergrößern, besteht in der »Importsubstitution«. Was nicht in der Region vorhanden ist, kann durch intelligente Ersatzbeschaffung aufgebaut werden.

Regionale Eigenproduktion bedarf entsprechender Kenntnisse. Hier werden vor allem zwei Quellen wichtig: Zum einen geht es um die Weitergabe von Kenntnissen vor Ort, wie es zum Beispiel im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion durch Kurse und Erfahrungsgruppen geschieht. Zum anderen können Open-Source-Plattformen im Internet und offene Werkstätten vor Ort Problemlösungsvorschläge und Erkenntnisse in die Region tragen.

Regionale Eigenproduktion hat ihre Grenzen: Mittlere und höhere Technologien erfordern nicht nur Spezialkenntnisse, sondern auch entsprechend Produktionsanlagen. Vieles davon lohnt sich in einer ressourceneffizienten Produktion aber erst ab einer bestimmten Größenordnung, für die nicht jede Region geeignet ist oder sich derart kleinteilige Produktionseinheiten nicht lohnen. Regio-

alentwicklung in der Postwachstumsgesellschaft ist daher keine vollständige Abkopplung von der überregionalen Arbeitsteilung (»Autarkie«), sondern eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Eigenproduktion und Fremdbezug. Dabei ist der offene Austausch mit anderen Regionen ein Kennzeichen des offenen Systems »Region«. Überörtlicher Wettbewerb diszipliniert zudem Kosten- und technische Effizienz und regt zu Effizienzverbesserungen an. Eine wesentliche Steuerungsmöglichkeit, regionale Produktion zu forcieren, läuft daher über die Konsumentensouveränität und die Entscheidung, Produkte aus der Region zu präferieren.

Regionalwährungen und regionale Tauschsysteme

Regionale Konsumkreisläufe können stark durch die Entwicklung eines eigenständigen Tauschsystems mit eigener Währung angeregt werden, weil sie den Austausch vor Ort erleichtern (Paech 2008) und die Präferenz für regionale Produkte erhöhen. Regionalwährungen werden seit Langem als Ansatz zur Unterstützung regionalen Wirtschaftens propagiert und bestehen in vielen Teilregionen, auch in Deutschland (Lietaer & Kennedy 2009). Sie haben sich in inflationären Krisenzeiten entwickelt (»Das Wunder von Wörgl« der Jahre 1932/33; Uchatius 2010) und gelten als wichtiger Schritt, um regionale Austauschprozesse unabhängig vom Geldangebot des Staates oder globaler Finanzdienstleister zu sichern.

Währungen funktionieren, seit es keine Golddeckung oder andere Garantien für die Wertsicherung gibt, allein durch das Vertrauen der Marktteilnehmer. Das gilt für den Euro genauso wie für Regionalwährungen. Vertrauen ist generell die Basis für alle Tauschverfahren, wobei eine Währung nur eine von vielen möglichen Konventionen einer Verrechnungseinheit darstellt. Solche »Verrechnungseinheiten« sind variabel, sie beruhen auf den Vereinbarungen der Tauschenden und reichen vom gegenseitig vereinbarten Geben und Nehmen über das Tauschen von Versprechen (z. B. Zeiteinheiten) bis hin zu numerischen Einheiten und monetären Entgelten. All dies kann man als »Regionalwährung« bezeichnen.

Regionalwährungen gibt es in unterschiedlichen Varianten:

- ◆ Ausprägung als Komplementärwährung (mit Leistungs- oder Warendeckung)
- ◆ Ausprägung als Schwundgeld (z. B. Chiemgauer)
- ◆ Ausprägung als voll kompatible Währung (mit Euro-Deckung).

Komplementäre Verrechnungssysteme gibt es in vielen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens. So finden sich zum Beispiel im Bedarfsfeld Wohnen nicht monetäre Bestandteile der Miete, indem etwa Arbeitseinsätze in Wohnkommunen oder Hilfsdienste in generationenübergreifenden Wohngemeinschaften bei gleichzeitiger Mietreduktion vereinbart werden. Eine mögliche Verrechnungseinheit für diese Dienste sind beispielsweise »Talente«, welche in Vorarlberg getauscht werden: Für jede eingesetzte Arbeitsstunde werden 100 Talente angesetzt, doch die Tauschäquivalente sind zwischen den Tauschpartnerinnen und -partnern frei verhandelbar. Die Talente sind damit eine Zeitwährung und beruhen auf einer Leistungsdeckung. Diese ist auch sparfähig und kann zum Beispiel – so geschieht es vielfach in Japan – bei Bedarf im Alter in Pflegeleistungen umgetauscht werden.

Kaufkraftbindung ist das Ziel des monetären Regiogeldes: Da die Annahme der Regionalwährung auf Teilnehmende in der Region begrenzt ist, werden regionale Kreisläufe gestärkt. Das Regiogeld kann nur bei teilnehmenden Betrieben verausgabt werden, nicht bei überregionalen Ketten. So werden die heimischen Betriebe gefördert. Zugleich werden die Unternehmen dazu gebracht, mit dem eingenommenen Regionalgeld wiederum Waren in der Region zu ordern. Wenn das Regiogeld als »Schrumpfgeld« ausgestaltet ist – es verliert innerhalb des Jahres an Wert, wird es nicht ausgegeben (»Negativzins«); die Wertaufbewahrungsfunktion wird bewusst reduziert –, sind die Geldhalterinnen und -halter daran interessiert, das – »schlechter werdende« – Regiogeld rasch wieder auszugeben. Dies stärkt den regionalen Kreislauf.

Bei vielen Regionalwährungen wurde die Variante des Schrumpfgeldes aufgegeben, denn Verbraucherinnen und Verbraucher scheuen den doppelten Aufwand, sich für das Regiogeld eine Wertsicherungsmarke zu besorgen und zu bezahlen, sie steigen lieber auf die relativ wertbeständigere und nicht mit Umtauschmühen verbundene Nationalwährung um. Die Abschaffung der Schrumpfkomponekte führte vielfach dazu, dass Regionalwährungen mit der jeweiligen Landeswährung voll kompatibel sind. Gleich ob Schrumpfgeld oder volle Kompatibilität: Regiogeld ist in Krisenzeiten eine wirksame Variante, als Parallelgeld sich von überregionalen Geldkreisläufen unabhängig zu machen. In »normalen« Zeiten ist die Regionalwährung nicht mehr als eine Variante von Kundenbindungssystemen, allerdings ohne Rabatt und mit der Besonderheit des Bekenntnisses zur Region (vgl. z. B. Bristol Pound: »protecting what we all love about Bristol«).

Während beim Regiogeld à la »Chiemgauer« eine zentrale Geldausgabestelle für Ausgabe, Fälschungssicherheit und Umlaufsicherung zuständig ist, gibt es auch reine Bürgensysteme: Hier wird eine Leistung (oder ein Leistungsversprechen) als Bonus (Malus) durch zwei oder mehr unterzeichnende Bürginnen und Bürger garantiert, ohne dass eine zentrale Ausgabestelle über die umlaufende Wertmenge wacht. Eine andere Variante eines solchen Bürgensystems hat rasch die Welt erobert: Die Vergabe von Mikrokrediten an Kreditnehmerinnen und -nehmer, für die Mitglieder ihrer lokalen Gemeinschaft bürgen und bei denen die Kreditnehmerinnen und -nehmer Miteigentümer der Bank sind. Dieses Modell der Grameen-Bank in Bangladesh hat sich als Vorbild für viele Nachahmer erwiesen.

Wesentliche institutionelle Unterstützung für Lokalwährungen kann von der Kommunalverwaltung ausgehen, wenn sie für eigene Zahlungen die lokale Währung nutzt und auch ihre Annahme als Zahlungsmittel akzeptiert. So wird in Gent der dortige »Toreke« ausgegeben, um die Freiwilligenarbeit der Anwohnerinnen und Anwohner zu entlohnen (Noteris 2016), in Bristol können sich die Angestellten der Stadtverwaltung einen Teil ihres Gehaltes in Bristol Pound auszahlen lassen (Kopatz 2016, S. 335).

Kontextdebatten: Eigenständige Regionalentwicklung und Resilienz

Die genannten Konturen einer regionalen Postwachstumsökonomie basieren auf unterschiedlichen Zugängen: Tim Jackson (2011, stellvertretend für viele andere) geht von der Kritik an der herrschenden Wachstumslogik aus und verlangt vor allem makroökonomische Schritte zur Veränderung der Strukturen, erkennt aber die Bedeutung des »Downshiftings« und eines »alternativen Hedonismus« durch lokale Initiativen an. Niko Paech (2012) betont neben den individuell notwendigen Schritten der Suffizienz und Subsistenz die Ebenen von Ort und Region als zentralen Handlungsebenen zur Reduktion der Fremdversorgung. Rob Hopkins (2013) wiederum hebt die Bedeutung der lokalen Selbstermächtigung durch Bürgerinnen und Bürger als wichtigem Element der Transition Town hervor.

Als Vorläufer lässt sich die Bewegung der eigenständigen Regionalentwicklung der 1970er- und 1980er-Jahre bezeichnen (Glatz & Scheer 1981, Hahne 1985),

die sehr dezidiert Forderungen nach Nutzung regionaler Ressourcen, Stärkung regionalen Wirtschaftskreisläufe und Ausprägung selektiver Eigenständigkeit stellte. Viele Aspekte der Praxis, von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften über Bürgerkonsumgenossenschaften und regionale Produkte mit geringem ökologischen Fußabdruck haben sich bis heute erhalten oder sind sogar deutlich weiterentwickelt worden (regenerative Energien, regionale Finanzierungsmodelle bis hin zum Crowdfunding).

Richard Douthwaite (1996) fasste schon in seinem 1996 erschienenen »Handbuch zum lokalen Wirtschaften« zahlreiche »antiglobalistische« Initiativen und lokale Handlungsansätze zusammen. Er forderte vier grundlegende Schritte für den Aufbau einer lokal eigenständigen Ökonomie – vieles davon taucht als Komponente einer postfossilen Regionalökonomie wieder auf und wurde zuvor behandelt:

- ◆ Lokalwährung neben der Landeswährung, um den Austausch von Gütern und Dienstleistungen unabhängig vom Geldangebot der Landeswährung und der Weltfinanzmärkte machen zu können,
- ◆ lokales Kreditwesen, um die Ersparnisse der Region in regionale Projekte fließen zu lassen,
- ◆ Produktion von Energie aus lokalen erneuerbaren Energieträgern, um die Bedürfnisse der Region zu befriedigen,
- ◆ Produktion von Nahrungsmitteln und Kleidung ohne nennenswerte externe Inputs, um die Bedürfnisse der Region möglichst weitgehend befriedigen zu können (Douthwaite 1996, S. 50).

Schließlich lässt sich als jüngerer Zugang zum Bedeutungsgewinn der Region die Resilienzdebatte erwähnen, welche die Widerstandsfähigkeit regionaler Gemeinschaften nach weltweiten Katastrophen oder Krisen (gleich ob naturbedingt oder menschengemacht) behandelt. Im Extremfall lautet die Frage: Wie kann lokal und regional weitergewirtschaftet werden, wenn die Welt zusammenbricht? Antworten beginnen beim technisch-praktischen Handbuch von Dartnell (2014), der Grundkenntnisse aus Physik, Chemie und Handwerk zum postapokalyptischen Überleben zusammengetragen hat, und setzen sich fort in zahlreichen Anleitungen zur Nutzungsdauerverlängerung von Produkten und zur Reparatur (Baier et al. 2016). Grundlegender ist die Debatte, ob regionale Resilienz ein neues Paradigma der Regionalentwicklung entfaltet.

Resilienzanstrengungen setzen sinnvollerweise nicht erst ein, wenn die Krise eintritt und das Desaster Veränderungen erzwingt. Resilienzdividenden ergeben sich nur dann, wenn die Systeme rechtzeitig Veränderungen einleiten, ihre Widerstands- und Anpassungsfähigkeit erhöhen, um für die Folgen der multiplen Krisen (ökologisch, ökonomisch, politisch, sozial) gewappnet zu sein. In diesem Verständnis betrifft Resilienz nicht nur Maßnahmen zur Verringerung der Betroffenheit bei Naturgefahren, sondern auch Transformationen für das sozial-ökonomische System mit der Region als wichtiger Handlungsebene (Kegler 2014, Hahne 2014). Für den Umgang mit dem Auslaufen der fossilen Ära wird dabei auf die Anpassungsfähigkeit durch lernende Reallabore, offene Diskurse und vielfache Pfadwechselschritte vor Ort vertraut, um Modularität, Diversität und Teilautonomie zu erhöhen (Hahne & Kegler 2016).

Kritisch betrachtet ist Resilienz eine Heuristik, deren Ausbuchstabierung derzeit in verschiedenste Interpretationsrichtungen streut (Deimling & Reith 2016): Vom neoliberalen Anpassungsdiskurs (Resilienz als Wettbewerbsfähigkeit) über den rein technokratischen Ansatz der Bewältigung von Naturgefahren bis hin zur sozialökologischen Modernisierung mit einem Kernverständnis von Resilienz als adaptivem Prozess in Richtung reduktiver Moderne. In letzterem Verständnis birgt der Ansatz vielfältige Aspekte kultureller und sozialer Innovationen für eine nachhaltige Transformation und erweitert die Debatte der Postwachstumsgesellschaft um Schritte für geeignete Transformationspfade.

Dezentralisierung: Raummodell der Postwachstumsgesellschaft

Der Flächenbedarf der expansiven Moderne ist ungebremst (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2015; Die Bundesregierung 2016). Wesentliche Treiber sind Wohnen, Mobilität, Rohstoffextraktion, Handel, Produktion und Ausbau von Infrastrukturen. Das Raummodell der Postwachstumsgesellschaft setzt auf deglobalisierte Wertschöpfungsketten, Entschleunigung und Suffizienz (Paech 2012), es benötigt damit deutlich weniger Verkehrs-, Lager- und Handelsflächen. Untersuchungen über den Flächenbedarf der Re-Regionalisierung von Produktionsprozessen oder die Substitution dieses Flächenbedarfs durch die Nutzung vorhandener unterausgelasteter Flächen für konkrete Regionen fehlen allerdings noch.

Ein wesentlicher Teil der Flächennutzung geht vom Wohnbedarf aus, wobei mit der Zunahme des ökonomischen Reichtums von Gesellschaften die indirekte (ökologischer Fußabdruck) und die direkte Flächeninanspruchnahme je Haushalt (Wohnfläche) wächst. Mit dem Bau sind hohe Ressourcen- und Energieverbräuche verbunden, selbst wenn das fertige Gebäude zu einem Null-Energieverbrauchs-Haus wird. Wohnwünsche in Deutschland zielen noch immer auf das eigene Heim mit Grundstück, so dass der Suburbanisierungstrend um die Metropolen und Großstädte ungebrochen ist (trotz demografischen Wandels). Langfristig ist dieses Modell nicht zukunftsfähig, es bedarf einer stärkeren Konzentration auf zentrale Siedlungsbereiche entlang von Knotenpunkten des öffentlichen Verkehrs.

Auch der WBGU hat sich unlängst mit der räumlichen Ebene auseinandergesetzt und die transformative Kraft der Städte im Zeitalter der Urbanisierung betont. Als Ziel fordert der WBGU »maßvoll verdichtete, ressourcenschonende und auf Kreislaufwirtschaft umgestellte, energieeffiziente und perspektivisch emissionsneutrale Städte« (WBGU 2016, S. 414), buchstabiert dies aber leider hinsichtlich der Maße für Verdichtung, Größe und Ressourcenschonung oder für räumliche Dimensionen der geforderten Kreislaufwirtschaft und der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land aus.

Für die Ebene der Regionalplanung wird der WBGU deutlicher und präferiert klar das Leitbild der »dezentralen Konzentration«: Polyzentrische Raumstrukturen sollen dank eines Systems zentraler Orte zu einer dezentralen Versorgung führen, was einerseits sozial- und wirtschaftsräumliche Disparitäten »vermeiden« soll, andererseits »möglichen Agglomerationsnachteilen in Wachstumsregionen« entgegenwirkt (WBGU 2016, S. 215). Bezüglich wirksamer Instrumente bleibt das Gutachten des WBGU vorsichtig: Es stellt zwar die in der Literatur vorhandenen Ideen zum Handel mit Flächenzertifikaten vor (S. 178), äußert sich aber nicht zur Durchsetzung von Flächensparen als Ziel und setzt vage auf »holistische« Planungen und ein »lokal angepasstes Flächenmanagement« (ebenda).

Hier zeigt sich die Falle des lokalistischen Denkens: Es ist sicher resilienzerhöhend und identitätsfördernd, die Selbstwirksamkeit der lokalen Kräfte vor Ort zu stimulieren, doch reicht dies nicht aus, nicht nachhaltige Trends und Verhaltensweisen zu brechen. Um den ungebrochenen Flächenhunger der Städte zu beenden, bedarf es übergeordneter Steuerungsziele und ihrer Durchsetzung durch normative staatliche Regelungen. Vorreiter in der Begrenzung der Sied-

lungsexpansion ist die Schweiz mit der Revision ihres Raumplanungsgesetzes von 2014: »Siedlungen sind in ihrer Ausdehnung zu begrenzen« (RPG Art. 3 Abs. 3). Der Siedlungsbedarf der Zukunft soll dort grundsätzlich in den schon jetzt ausgewiesenen Bauzonen durch Verdichtung und kompaktere Nutzung befriedigt werden. Bislang zu großzügig bemessene Bauzonen sollen zurückgezogen werden. Mit einer derartigen Siedlungsbegrenzung wird zugleich ein polyzentrisches Siedlungssystem begünstigt, welches die Kosten der übermäßigen Ballung vermindert. Genügsamkeit im Flächenbedarf benötigt folglich eine geeignete Raumplanung, die mehrere räumliche Ebenen umfasst und im Gegenstromprinzip lokale und übergeordnete Raumansprüche miteinander in Einklang zu bringen versucht.

Ressourcenverfügbarkeit, Gerechtigkeit und Pfadvielfalt

Kann der Pfadwechsel in Richtung regionaler Transformation und Suffizienz hin zu einer reduktiven Moderne gelingen? Eine der Grundfragen der Debatte dreht sich darum, ob der Wandel durch Desaster erzwungen wird oder durch Design erreicht werden kann (Sommer & Welzer 2014).

Der hier vorgelegte Beitrag diskutierte einige Instrumente aus der aktuellen Postwachstumsdebatte. Aus ethischer Sicht kommt die Frage hinzu, welche neuen Reichtumsinseln und Verarmungsregionen in der postfossilen Transformation entstehen werden. Denn Regionen verfügen nicht über dieselbe Ressourcenausstattung, über die gleiche Verfügbarkeit nutzbarer Landes- oder gleich gut geeignete Lernsysteme für die Transformation. All dies stellt die Frage einer gerechten Entwicklung auch unter den Gesichtspunkten von Postwachstum und Resilienz neu.

Zugleich lehrt aber die Diskussion über Transformation und Pfadwechsel, dass viele Wege erprobt werden müssen und unterschiedliche Wege zu Veränderungen in Konsum- und Produktionsmustern führen. Lokale Wissensbestände und regionale Netzwerke bieten eine wichtige Basis für Transformationserfolge. Daher stellen die vielfältigen Basisinitiativen – von Transition Town über Regiogeld bis zu urbanen Reallaboren – die praktischen Erkundungsschritte dar, die es zur Realisierung von Zukunftsvisionen braucht. Die bereits in Erprobung befindlichen Praktiken zeigen, dass eine reduktive Moderne nicht als Verlufterfahrung

daherkommen muss, sondern vielfach neue Quellen von Spaß, Freude und Glück erschließt, die als Triebkräfte der Transformation die Entfaltung neuer Vorstellungen eines guten Lebens bewirken.

LITERATUR

- Baier, A.; Hansing, T.; Müller, C.; Werner, K. (Hrsg.) (2016): Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis, Bielefeld.
- Bauriedl, S. (2015): Eurozentrische Weltbürgerbewegung. Zum WBGU-Sondergutachten »Klimaschutz als Weltbürgerbewegung«, in: GAIA 24(1), S. 13–16.
- Binswanger, H.-C. (2009): Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft, Hamburg.
- Dahm, D.; Scherhorn, G. (2008): Urbane Subsistenz. Die zweite Quelle des Wohlstandes, München.
- Dartnell, L. (2014): Das Handbuch für den Neustart der Welt. Alles, was man wissen muss, wenn nichts mehr geht, Berlin.
- Deimling, D.; Raith, D. (2016): Regionale Resilienz als alternative ökonomische Perspektive nachhaltiger Regionalentwicklung. Unveröffentlichter Forschungsbericht, Graz.
- Die Bundesregierung (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016. Berlin.
- Droege, P. (Hrsg.) (2008): 100 Per Cent Renewable: Energy Autonomy in Action, Abingdon.
- Douthwaite, R. (1996): Short Circuit: Strengthening Local Economics for Security in an Unstable World, Chelsea (Deutsch: Douthwaite, R.; Diefenbacher, H. (1998): Jenseits der Globalisierung. Handbuch für lokales Wirtschaften, Mainz).
- Felber, Ch. (2014): Gemeinwohlökonomie. Eine demokratische Alternative wächst, Wien.
- Glatz, H.; Scheer, G. (1981): Eigenständige Regionalentwicklung. Ein Weg für strukturell benachteiligte Gebiete in Österreich, Wien.
- Hahne, U. (1985): Regionalentwicklung durch Aktivierung intraregionaler Potentiale, München.
- Hahne, U. (2000): Argumente für eine Ökonomie regionaler Wirtschaftskreisläufe. In: arbeitsergebnisse, Schriftenreihe der AG Ländliche Entwicklung am Fachbereich Stadtplanung / Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel, Heft 49, Kassel, S. 5–10.
- Hahne, U. (Hrsg.) (2014): Transformation der Gesellschaft für eine resiliente Stadt- und Regionalentwicklung. Ansatzpunkte und Handlungsperspektiven für die regionale Arena, Detmold.
- Hahne, U.; Kegler, H. (Hrsg.) (2016): Resilienz und Reallabore. Stadtentwicklung, Band 1, Frankfurt am Main.
- Heinrich-Böll-Stiftung; IASS; BUND; Le Monde diplomatique (Hrsg.) (2015): Bodenatlas 2015, Daten und Fakten über Acker, Land und Erde; Kooperationsprojekt von Heinrich-Böll-Stiftung; Institute for Advanced Sustainability Studies, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland und Le Monde diplomatique. Berlin.

- Helfrich, S.; Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2012): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld.
- Hopkins, R. (2008): *The Transition Handbook. From Oil Dependency to Local Resilience*, Cambridge.
- Hopkins, R. (2013): *The Power of Just Doing Stuff*, Cambridge.
- Illich, I. (1975): *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*, Reinbek.
- Jackson, T. (2011): *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, München.
- Kegler, H. (2014): *Resilienz. Strategien & Perspektiven für die widerstandsfähige und lernende Stadt. Bauwelt Fundamente, Band 151*, Basel/Berlin.
- Kersten, J. (2014): *Das Anthropozän-Konzept. Kontrakt – Komposition – Konflikt*, Baden-Baden.
- Kopatz, M. (2016): *Ökoutine. Damit wir tun, was wir für richtig halten*, München.
- Leismann, K.; Schmitt, M.; Rohn, H.; Baedeker, C. (2012): *Nutzen statt Besitzen. Auf dem Weg zu einer ressourcenschonenden Konsumkultur. Heinrich-Böll-Stiftung. Schriften zur Ökologie, Band 27*, Berlin.
- Lietaer, B.; Kennedy, M. (2009): *Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*, München.
- Maschkowski, G.; Wanner, M. (2014): *Die Transition-Town-Bewegung – Empowerment für die große Transformation? In: pnd|online II|2014, S. 1–11.*
- Maurer, T.; Spitthöver, M. (Hrsg.) (2013): *Der Selbsterntegarten Wiener Straße und andere Gärten*, Kassel.
- Miegel, M. (2010): *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin.
- Ministry of Finance (2016): *Strategy for sustainable consumption. Government Offices of Sweden. O. O.* [<http://www.government.se/information-material/2016/10/strategy-for-sustainable-consumption>; 01.12.2016].
- Müller, Ch.; Paech, N. (2012): *Suffizienz & Subsistenz. Wege in eine Postwachstumsökonomie am Beispiel von »Urban Gardening«*, in: *Der kritische Agrarbericht 2012*, Hamm, S. 148–152.
- Noteris, L. (2016): *Gent glänzt mit Torekes*, in: Giesecke, D.; Hebert, S.; Welzer, H. (Hrsg.): *Futurzwei Zukunftsalmanach 2017/18. Geschichten vom guten Umgang mit der Welt*, Frankfurt am Main, S. 152–155.
- Ostrom, E. (2009): *Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter*, München.
- Paech, N. (2005): *Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung: Hat sich die Wachstumsfrage erledigt?*, in: *Natur und Kultur 6(1)*, S. 52–72.
- Paech, N. (2008): *Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie 45(158-159)*, S. 10–19.
- Paech, N. (2012): *Befreiung vom Überfluss: auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München.
- Sachs, W. (1993): *Die vier E's. Merkposten für einen maß-vollen Wirtschaftsstil*, in: *politische ökologie 33*, S. 69–72.
- Sachs, W. (2015): *Suffizienz. Umriss einer Ökonomie des Genug*. In: *uwf UmweltWirtschaftsForum 23(1–2)*, S. 3–9.

- Schumacher, E. F. (1973): Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik, Reinbek.
- Sommer, B.; Welzer, H. (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München.
- Stengel, O. (2011): Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise, München.
- Uchatius, W. (2010): Das Wunder von Wörgl. In: Die Zeit 22. 12. 2010. [<http://www.zeit.de/2010/52/Woergl/komplettansicht>; 07.06.2017].
- WBGU Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin.
- WBGU Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2014): Klimaschutz als Weltbürgerbewegung. Sondergutachten, Berlin.
- WBGU Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2016): Der Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte, Berlin.